

Resolution

Runter mit dem starken Franken: Für eine Währungspolitik im Interesse des Arbeitsplatzes, der Lohnabhängigen und der KonsumentInnen

Der Franken ist in den letzten zwei Jahren gegenüber Euro und Dollar um fast 20 Prozent stärker geworden. Der Grund liegt in der anhaltenden Unsicherheit an den Finanzmärkten als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise und in der Spekulation. Den Preis zahlen die Exportwirtschaft inklusive Tourismus und die Arbeitnehmenden in den entsprechenden Sektoren.

Unternehmen drohen mit Stellenabbau oder der Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Einzelne Patrons versuchen das Wechselkursrisiko auf ihre Angestellten abzuschieben, indem sie die Löhne an den Euro koppeln oder verlangen für den gleichen Lohn längere Arbeitszeiten. Gleichzeitig stellen wir fest, dass die Währungsgewinne den KonsumentInnen und KMU nicht weitergegeben werden, sondern bei den Lieferanten, Importeuren und Verteilern versickern.

Skandalös ist, wenn jetzt der Bundesrat und die Schweizerische Nationalbank (SNB) die Hände in den Schoss legen. Jetzt sind Taten gefragt! Das Problem ist seit Monaten bekannt. Die Erklärung des Bundesrates vom vergangenen Mittwoch zeigt: Er nimmt das Problem offenbar nicht ernst. Die SP verlangt für den Herbst eine ausserordentliche Session. Bis dann muss das Massnahmenpaket geschnürt sein.

Die SP verlangt von den Unternehmen, dass sie

- die Vereinbarungen mit den Sozialpartnern und die Arbeitsverträge einhalten,
- die Wechselkursgewinne beim Einkauf ihren KundInnen weitergeben.

Die SP verlangt vom Bundesrat und von der SNB

- die Durchsetzung eines für die Schweizer Wirtschaft tragbaren Euro-Franken-Kurses. Dazu braucht es einen Massnahmenkatalog mit Handlungsoptionen wie beispielsweise die Verteidigung eines Frankenkursziels oder eine Anbindung des Frankens an den Euro (analog Dänemark) sowie die Prüfung von Negativzinsen auf ausländischen Anlagen und eine Einschränkung des Kapitalverkehrs.
- eine Neuauflage und Ergänzung des Gentlemen's Agreements von 1976. Die Schweizer Banken müssen sich verpflichten, «offensichtlich spekulative Transaktionen gegen den Franken zu unterlassen».
- die umgehende Schaffung von gesetzlichen Grundlagen, damit Unternehmen ihre Kursgewinne beim Wareneinkauf offen legen und an die KonsumentInnen weitergeben müssen. Neue Durchsetzungsinstrumente für die Wettbewerbskommission und/oder den Preisüberwacher sind zu erarbeiten,
- dass die Zinsen weiterhin tief gehalten werden. Gleichzeitig müssen die SNB, die Finma und der Bundesrat die Kontrolle des Immobilienmarkts zur Verhinderung einer Immobilienblase verstärken.

Die SP akzeptiert nicht, dass das Währungsrisiko auf die Schwächsten überwältzt wird und die Lohnabhängigen einmal mehr die Kosten der Krise tragen sollen.